

Senatsbeschlüsse

der 128. Sitzung des Senats

am 14.11.2017, 11:15 Uhr

3157.) Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom
07. bis 09.11.2017

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 7. bis 9. November 2017 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 7. November 2017

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den
Präsidenten des Senats vom 8. November 2017)

Nr. 19/390 S

1. Neuer Taxitarif für die Stadtgemeinde Bremen: Einmal Kurzstrecke bitte!
Antrag der Fraktion der FDP vom 21. November 2016
(Drucksache 19/410 S)
Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.
2. Neuer Taxitarif für die Stadtgemeinde Bremen: Einmal Kurzstrecke bitte!
Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,
Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 9. Oktober 2017
(Drucksache 19/594 S)
Dieser Bericht ist erledigt durch den zurückgezogenen Antrag mit der
Drucksachen-Nr. 19/410 S.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/391 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Forderungsmanagement für Frauenhäuser beim Sozialressort aufbauen!
Antrag der Fraktion der CDU vom 9. Mai 2017
(Drucksache 19/493 S)

2. Entgeltbasierte Finanzierung der Kindertagesbetreuung (z. B. Kita-Gutscheine) – eine Lösung für Bremens Kita-Versorgung?
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 6. September 2017
(Drucksache 19/577 S)

3. Neubau der Berufsschule für den Großhandel, Außenhandel und Verkehr
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 20. September 2017
(Drucksache 19/592 S)

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/392 S

Fragestunde

1. Nach welchem System erfolgen Parkkontrollen in den Stadtteilen?
Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. September 2017
2. Computerpanne bei Bremer Behörden
Anfrage des Abgeordneten Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 14. September 2017
3. Wie kann die Versorgung der Vegesacker Märkte mit Wasser und Strom dauerhaft gewährleistet werden?
Anfrage der Abgeordneten Rainer W. Buchholz, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 14. September 2017
4. Wann wird der Fuß- und Radweg „Am Steending“ Realität?
Anfrage der Abgeordneten Jürgen Pohlmann, Heike Sprehe, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 14. September 2017
5. Wasserdampf zur Unkrautvernichtung – ein umweltfreundliches Verfahren?
Anfrage der Abgeordneten Christian Weber, Jens Crueger, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 14. September 2017
6. Was geschieht zukünftig mit dem „Schaufenster-Bootsbau“-Areal?
Anfrage der Abgeordneten Rainer W. Buchholz, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 15. September 2017
7. Veranstaltungsplanung in der Überseestadt
Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 19. September 2017

8. Geheimniskrämerei um Liste mit noch nicht erstmalig erschlossenen Straßen?

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. September 2017

9. Zukunft des Olbers-Planetariums

Anfrage der Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. September 2017

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

10. Telefondolmetschen beim Jobcenter Bremen

Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 5. Oktober 2017

11. Elektrotaxen auch in der Stadt Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 11. Oktober 2017

12. Umsetzung der Kapazitätserhöhung in Kindertageseinrichtungen

Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 24. Oktober 2017

13. Kastration von Katzen

Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 1. November 2017

14. Sicherheitslage am Bremer Hauptbahnhof

Anfrage des Abgeordneten Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 1. November 2017

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/393 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt auf Antrag der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

"Konzeptlos – Pleite – Kannenberg: Sicherheit für Beschäftigte und Jugendliche schnell herstellen!"

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/394 S

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 7. November 2017

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Stratenrooms in Bremen ok faken op Platt II – Ortsgesetz zur Einbeziehung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen bei der Straßenbenennung durch Beiräte – Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Beiräte und Ortsämter

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. September 2017

(Drucksache 19/591 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

2. Bebauungsplan 2487

für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen Hochschulring, Wilhelm-Herbst-Straße, Robert-Hooke-Straße und Bundesautobahn A 27

Mitteilung des Senats vom 17. Oktober 2017

(Drucksache 19/598 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2487.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

3. Wahl eines Mitglieds des städtischen Controllingausschusses

Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten

Nima Pirooznia

anstelle der Abgeordneten Kabire Yildiz zum Mitglied des städtischen Controllingausschusses.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

4. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsausschusses
Umweltbetrieb Bremen

Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten

Nima Pirooznia

anstelle von Herrn Jasper Meya zum stellvertretenden Mitglied des Betriebsausschusses Umweltbetrieb Bremen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsausschusses Werkstatt Bremen

Die Stadtbürgerschaft wählt die Abgeordnete

Dr. Henrike Müller

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonther zum stellvertretenden Mitglied des Betriebsausschusses Werkstatt Bremen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

6. Wahl zweier Mitglieder der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz

Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten

Nima Pirooznia

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonther und die Deputierte

Alexandra Werwarth

anstelle des Deputierten

Jasper Meya

zu Mitgliedern der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

7. Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Inneres

Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten

Mustafa Öztürk

anstelle des Deputierten Søren Brand zum Mitglied der städtischen Deputation für Inneres.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

8. Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Kultur

Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten

Nima Pirooznia

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonther zum Mitglied der städtischen Deputation für Kultur.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

9. Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Sport

Die Stadtbürgerschaft wählt den Deputierten

Søren Brand

anstelle der Abgeordneten Kai Wargalla zum Mitglied der städtischen Deputation für Sport.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

10. Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten

Nima Pirooznia

anstelle der Deputierten Alexandra Werwath zum Mitglied der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

11. Wahl eines Mitglieds des Betriebsausschusses Musikschule Bremen.

Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten

Nima Pirooznia

anstelle von Frau Dr. Anne Kroh zum Mitglied des Betriebsausschusses Musikschule Bremen

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

12. Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsausschusses Stadtbibliothek Bremen und Bremer Volkshochschule

Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten

Nima Pirooznia

anstelle von Frau Dr. Anne Kroh zum Mitglied und

Frau Dr. Anne Kroh

anstelle des Abgeordneten Jan Saffe zum stellvertretenden Mitglied des Betriebsausschusses Stadtbibliothek Bremen und Bremer Volkshochschule

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

13. Wahl eines Mitglieds des Jugendhilfeausschusses

Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten

Mehmet Acar

anstelle des Abgeordneten Helmut Weigelt zum Mitglied des Jugendhilfeausschusses.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

14. Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Sport

Die Stadtbürgerschaft wählt den Deputierten

Sören Böhrnsen

anstelle des Abgeordneten Jürgen Pohlmann zum Mitglied der städtischen Deputation für Sport.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/395 S

Nach Platzen des BDE-Tarifvertrags: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Abfallbranche

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 23. Mai 2017

(Drucksache 19/503 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/396 S

Ortsgesetz zur Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts für die öffentliche Abfallentsorgung und Straßenreinigung

Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 2017

(Drucksache 19/595 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/397 S

Beschäftigungsverhältnisse an Volkshochschule Bremen und Musikschule Bremen verbessern

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 8. Juni 2017

(Drucksache 19/514 S)

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Kultur.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/398 S

ZOB Bremen – Zeit zu handeln statt zu trödeln!

Antrag der Fraktion der FDP vom 4. September 2017

(Drucksache 19/571 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/399 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 23

vom 3. November 2017

(Drucksache 19/604 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/400 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Neue Chancen für die Gewerbeflächenpolitik – für ein besseres und größeres Angebot!
Antrag (Entschließung) der Fraktionen der FDP und der CDU
vom 28. April 2017
(Drucksache 19/488 S)
2. Gewerbeflächenentwicklung durch ÖPP-Modell beschleunigen
Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP vom 14. August 2017
(Neufassung der Drucksache 19/549 S vom 8. August 2017)
(Drucksache 19/559 S)
3. Bremens Kinderbetreuungszeiten flexibel und verlässlich gestalten
Antrag der Fraktion der FDP vom 6. April 2016
(Drucksache 19/138 S)
4. Bremens Kinderbetreuungszeiten flexibel und verlässlich gestalten
Bericht und Antrag der städtischen Deputation für Kinder und Bildung
vom 26. April 2017
(Drucksache 19/487 S)

5. Statistische Erfassung des nachmittäglichen Betreuungsbedarfs von Schulkindern
Mitteilung des Senats vom 13. Juni 2017
(Drucksache 19/519 S)

6. Zustand von hausnahen Spielflächen regelmäßig kontrollieren!
Antrag der Fraktion der CDU vom 9. Mai 2017
(Drucksache 19/492 S)

7. Klassenstärken an Bremer Schulen – Werden die Obergrenzen eingehalten?
Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 16. Mai 2017
(Drucksache 19/501 S)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 20. Juni 2017
(Drucksache 19/531 S)

8. Wann wird aus dem Sofortprogramm Wohnungsbau des Senats ein Sofortprogramm?
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 30. Mai 2017
(Drucksache 19/506 S)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 25. Juli 2017
(Drucksache 19/542 S)

9. Mit der Zeit gehen: WLAN im Museum
Antrag der Fraktion der CDU vom 13. Juni 2017
(Drucksache 19/517 S)

10. Sportentwicklungsplan der Stadtgemeinde Bremen
Mitteilung des Senats vom 13. Juni 2017
(Drucksache 19/520 S)

11. Sanierungen in Schulsporthallen kurzfristig umsetzen und im Haushalt 2018/2019 darstellen!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Juni 2017
(Drucksache 19/532 S)

12. Ferienangebote für Kinder und Jugendliche bündeln und vergünstigen – Bremer Ferienpass einführen
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 2. August 2016
(Drucksache 19/342 S)

13. Ferienangebote für Kinder und Jugendliche bündeln und vergünstigen – Bremer Ferienpass einführen
Bericht der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration
vom 15. Juni 2017
(Drucksache 19/525 S)

14. Freiwilligenticket für den ÖPNV
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 15. Juni 2017
(Drucksache 19/526 S)

15. ÖPNV statt Führerschein – ein attraktives Angebot für Seniorinnen und Senioren schaffen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU
vom 7. September 2017
(Neufassung der Drucksache 19/570 S vom 22. August 2017)
(Drucksache 19/578 S)

16. Bremer „Altenplan“ jetzt aktualisieren. Altenpolitik wieder aktiv gestalten!
Antrag der Fraktion der CDU vom 19. Juni 2017
(Drucksache 19/527 S)

17. Für den vollständigen Erwerb der BREBAU durch die öffentliche Hand!
Antrag (Entschließung) der Fraktion DIE LINKE vom 20. Juni 2017
(Drucksache 19/528 S)

18. Mehr GEWOBA wagen – Perspektiven der Eigentumsstruktur und der Gewinnverwendung bei der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 13. September 2017
(Drucksache 19/584 S)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 17. Oktober 2017
(Drucksache 19/599 S)

19. Wasser für alle: Auch Bremen braucht öffentliche Trinkbrunnen
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 20. Juni 2017
(Drucksache 19/529 S)

20. Bremer Straßennamen entkolonialisieren!
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 21. Juni 2017
(Drucksache 19/533 S)

21. Überseestadt
5. Entwicklungsbericht
Mitteilung der städtischen Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 10. August 2017
(Drucksache 19/557 S)

22. Kostenfreier Zugang zu Museen in Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 15. August 2017
(Drucksache 19/562 S)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 19. September 2017
(Drucksache 19/589 S)

23. Hinterlandbebauung stärker fokussieren und durch einen Innenentwicklungsmanager unterstützen!
Antrag der Fraktion der CDU vom 22. August 2017
(Drucksache 19/567 S)
24. Stadtamt strukturell neu aufstellen
Antrag der Fraktion der CDU vom 23. August 2016
(Drucksache 19/353 S)
25. Stadtamt strukturell neu aufstellen
Bericht der städtischen Deputation für Inneres vom 5. September 2017
(Drucksache 19/572 S)
26. Welche „Smart-City“-Projekte hat der Senat bislang umgesetzt?
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 19. September 2017
(Drucksache 19/587 S)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 24. Oktober 2017
(Drucksache 19/601 S)
27. Spielplätze kindgerecht instand halten und weiterentwickeln!
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 7. November 2017
(Neufassung der Drucksache 19/593 S vom 20. September 2017)
(Drucksache 19/605 S)
28. Chancen in Woltmershausen nutzen – Lankenauer Höft neu denken
Antrag der Fraktion der FDP vom 12. Oktober 2017
(Drucksache 19/596 S)
29. Potenziale der GEWOBA im Wohnungsbau stärker als bisher nutzen
Antrag der Fraktion der CDU vom 17. Oktober 2017
(Drucksache 19/597 S)

30. Wohnungen der GEWOBA an die Mieter veräußern – Neubau von Wohnungen forcieren
Antrag der Fraktion der FDP vom 23. Oktober 2017
(Drucksache 19/600 S)

31. Ortsgesetz zur Änderung des Freiluftpartygesetzes
Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über nicht kommerzielle spontane Freiluftpartys
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 2. November 2017
(Drucksache 19/603 S)

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 8. November 2017

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 9. November 2017)

Nr. 19/799

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Inklusive Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sozial-emotionalen Beeinträchtigungen fördern
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Juni 2017
(Drucksache 19/1127)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 19. September 2017
(Drucksache 19/1244)

2. Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit auch durch bessere Kinderbetreuung ermöglichen?
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. August 2017
(Drucksache 19/1202)

3. Integrierte Modelle eines kontinuierlichen Deutschunterrichts als Alternative zum Vorkursmodell?
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 5. September 2017
(Drucksache 19/1223)

4. Ehrenamt, gemeinnützige Initiativen und bürgerschaftliches Engagement in Schulen des Landes Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 19. September 2017
(Drucksache 19/1241)

5. Möglichkeiten, Zulässigkeit und Notwendigkeit einer Landesausbildungsumlage im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 20. September 2017
(Drucksache 19/1250)

6. Bauzeitüberschreitungen führen zu Mehrkosten und Verzögerungen – Wann kommt der Hafentunnel in Bremerhaven?
Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 11. Oktober 2017
(Drucksache 19/1265)

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/800

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Regierung ohne Erklärung – Bürgermeister schwänzt die Bildungsdebatte.“

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/801

Unterrichtsqualität steigern und Leistung entwickeln – ein Bremer Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungsbereich gründen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 7. November 2017

(Neufassung der Drucksache 19/1278 vom 25. Oktober 2017)

(Drucksache 19/1344)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. bis Februar 2018 ein Konzept für die Gründung eines Instituts für Qualitätsentwicklung in Bremen (IQHB) vorzulegen und dabei die Zusammenarbeit mit den Partnern Kita/Schule, Schulaufsicht, dem Landesinstitut und der Universität darzulegen, das die folgenden Punkte beinhalten soll:
 - a) ein Rahmenkonzept für die verbindliche Erhebung und Nutzung von Leistungsdaten im vorschulischen und schulischen Bildungsbereich, und falls nötig, die Schaffung von rechtlichen Voraussetzungen hierfür,
 - b) die Darstellung des sukzessiven Aufbaus eines Monitoring-Systems im vorschulischen und schulischen Bildungsbereich,
 - c) die Nutzung der vorhandenen Ressourcen der unterschiedlichen Organisationseinheiten im Geschäftsbereich

- der Senatorin für Kinder und Bildung – allerdings nicht zulasten der Unterrichtsversorgung – für die Gründung des Instituts,
- d) die Wahrung der Unabhängigkeit des IQHB vom Landesinstitut oder von der senatorischen Behörde,
 - e) die Aufgabe, die Wirksamkeit von Maßnahmen zur Steigerung der Qualität zu evaluieren,
2. bis Februar 2018 ein Konzept für die Weiterentwicklung des jetzigen Landesinstituts für Schule zu einem Pädagogischen Landesinstitut (PLI) vorzulegen, das die folgenden Punkte beinhalten soll:
- a) ein Rahmenkonzept für die Ausrichtung des Pädagogischen Landesinstituts als Ausbildungs- und Unterstützungseinrichtung für den vorschulischen und schulischen Bildungsbereich,
 - b) die Definition der Schnittstellen zu einem Institut für Qualitätsentwicklung sowie zur Schulaufsicht,
 - c) die Definition der Schnittstellen zu den Kitas und deren Trägern,
 - d) einen Personalentwicklungsplan für das PLI, der sowohl die zusätzlichen Ausbildungskapazitäten im Referendariat als auch die neuen Aufgaben (z. B. schulscharfe Fortbildungen) im Rahmen der Qualitätsentwicklung berücksichtigt.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Kinder und Bildung (federführend) und die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur weiteren Veranlassung und Vorlage des erbetenen Konzepts bis Februar 2018.

Nr. 19/802

Bremen darf den Anschluss im Bildungsbereich nicht vollends verlieren!

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 7. November 2017

(Neufassung der Drucksache 19/1279 vom 26. Oktober 2017)

(Drucksache 19/1346)

- I. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Bremer Senat auf, nachfolgende Maßnahmen unverzüglich in Umsetzung zu bringen:
1. Die frühkindliche Bildung im Land Bremen wird nachhaltig gestärkt mit dem Ziel, die Schul- und dabei besonders die Sprachfähigkeit der Kinder spürbar zu erhöhen. Die Beherrschung der deutschen Sprache und der weiteren grundlegenden Kulturtechniken stehen dabei im Vordergrund der didaktischen Ziele der Elementarstufe. Auch die notwendigen Grundlagen im Verhalten und im sozialen Umgang, die das aktive schulische Lernen ermöglichen, müssen den Kindern verstärkt vermittelt werden. Zu diesem Zweck wird im dritten Kita-Jahr verstärkt Wert auf eine verbindliche und effektive Vorbereitung des Schuleintritts gelegt. Ein abgestimmtes Konzept der notwendigen inhaltlichen und organisatorischen Konsequenzen soll noch im ersten Halbjahr 2018 vorgelegt werden. Anstrengungen des Bundes, sich hier finanziell stärker zu engagieren, können einen Beitrag leisten, das dritte Kita-Jahr perspektivisch ohne Elternbeiträge zu gestalten. In diese schulische Vorbereitung sind die Eltern einzubeziehen und in die Verantwortung zu nehmen. Als eine flankierende Maßnahme ist der Bedarf nach Deutsch-Elternsprachkursen zu prüfen und bei Bedarf auszuweiten, auch um das Einüben von sprachlichen Fertigkeiten in und durch die Familien zu stärken.
 2. Die Qualität des Unterrichts sowie die Einhaltung von Bildungsstandards an den Schulen im Land Bremen werden zur Unterstützung der betroffenen Schulen einem kontinuierlichen Monitoring-Prozess unterzogen. Entwicklungen mit diesem Hintergrund haben oberste Priorität. Ziel ist es hierbei u. a., Lernzuwächse feststehender Schülerkohorten innerhalb des Bremer Schulsystems lückenlos dokumentieren zu können. Hierzu ist (ein bereits geplantes) unabhängiges Qualitätsinstitut nach dem Vorbild Hamburgs schnellstmöglich aufzubauen. Ziel ist es, eine schulscharfe und transparente Daten- und

Informationenlage, möglichst unter Nutzung vorhandener Instrumente, zu schaffen, die es ermöglicht, durch gezielte Maßnahmen gemeinsam mit den Schulen Impulse für Qualitätsentwicklungsprozesse zu setzen. Dazu ist im Einzelnen darauf hinzuwirken:

- a) Die Teilnahme aller Schulen am VERA-3-Vergleichstest wird ab 2018 verbindlich sowohl in Mathematik als auch in Deutsch durchgeführt.
 - b) Perspektivisch soll eine Weiterentwicklung der fortlaufenden Kompetenzmessung in den unterschiedlichen Jahrgängen, wie z. B. im Modell „KERMIT“, in Anlehnung an das Vorbild Hamburgs, erfolgen.
 - c) Der Daten-, Informations- und Befundabgleich zwischen dem Bereich Kita und Schule wird weiter systematisiert und bei Bedarf optimiert, sodass Informationen in Bezug auf Lernfortschritte und Kompetenzzuwächse, aber auch Förderbedarfe, mit dem Beginn einer Bildungskarriere im Land Bremen individuell für jedes Kind erfasst und fortlaufend gepflegt werden. Ein lückenloser Informationsaustausch ist zwischen den Systemen Kita und Schule sowie an den Übergängen im Primar- und Sekundarschulbereich sicherzustellen.
3. Angesichts des Ausmaßes unbesetzter Lehrer- und Leitungsstellen an Schulen, die sich speziell in sozio-ökonomisch besonders belasteten Teilen unserer zwei Stadtgemeinden befinden, ist gegebenenfalls als Ultima Ratio ein stärkeres regulatorisches Eingreifen durch zentral koordinierte Maßnahmen der Personalsteuerung erforderlich. Zukünftig werden Neueinstellungen von Lehrkräften sowie Nachbesetzungen vakanter Stellen zentral durch die behördliche Dienststelle nach Bedarfslage in den jeweiligen Schulen gesteuert, wobei Schulen in sozio-ökonomisch benachteiligten Stadtteilen vorrangig mit voll ausgebildeten

- Lehrkräften zu versorgen sind. Ziel des behördlichen Handelns muss es sein, die Versorgung mit dem besten pädagogischen Personal zu forderst dort sicherzustellen, wo die multiplen Problemstellungen in unseren zwei Städten am größten sind. Zudem wird die Zuweisung an Lehrerwochenstunden speziell an diesen Schulen an der Zielmarke von 105 % orientiert.
4. Um die Qualität der Lehrerausbildung und damit auch die dringend benötigte Nachwuchsgewinnung durch die pauschal zur Anwendung kommenden Personalentwicklungs- und Personaleinsparungsquote nicht zu gefährden, wird das Landesinstitut für Schule zukünftig von den vorgesehenen Einsparungen ausgenommen. Dies gilt ferner für die Behörde der Senatorin für Kinder und Bildung, die angesichts der wachsenden Herausforderungen in den Bereichen konzeptioneller Arbeit, Umsetzung und Steuerung zu keinerlei personellen Einsparungen in der Lage ist.
 5. Um kurzfristig zusätzliche Kapazitäten auf Grundlage des bestehenden Personalkörpers zu generieren, werden speziell alle in Teilzeit beschäftigte Lehrkräfte kontaktiert mit dem Ziel, sie für eine zeitliche Aufstockung ihres Beschäftigungsvolumens zu gewinnen. Hierzu können im Gegenzug spezielle Anreize, etwa in Form von Verfügungs- oder Klassenlehrerstunden, geprüft und gegebenenfalls geschaffen werden. Darüber hinaus sind alle Möglichkeiten der Entlastung von Lehrkräften, z. B. mit Blick auf die Verwaltung, Dokumentation und sozialer Begleitung der Schülerinnen und Schüler, durch geeignete Maßnahmen auszuschöpfen.
- II. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Bremer Senat ferner dazu auf, speziell mit dem Blick auf die Grundschulen einen Maßnahmenkatalog bis zum Ende des ersten Quartals 2018 vorzulegen. Dieser soll darlegen, wie es gelingen kann, das Leistungsvermögen und den schulischen Lernzuwachs der Schülerinnen und Schüler im Land Bremen mittelfristig an das Niveau eines bundesdeutschen Durchschnitts anzunähern. Dabei ist einzubeziehen:

1. Stärkung der Elternarbeit mit dem Ziel, die Verantwortung der Erziehungsberechtigten für den Lernerfolg und die Entwicklung des Kindes einzufordern und zu unterstützen. Diese natürliche und verfassungsrechtlich ausgestaltete Rolle der Eltern wird zwar ganz überwiegend ausgefüllt, es muss aber festgestellt werden, dass sich zunehmend viele Eltern dieser Verantwortung ganz oder teilweise entziehen. Dies spiegelt sich etwa in unregelmäßigem Schulbesuch, geringen Fortschritten beim Erlernen der deutschen oder zumindest einer gängigen Sprache oder allgemein geringer schulischer Leistungsentfaltung und Motivation wider. Priorität haben auszuweitende, dichtere und schnellere Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen. Damit einhergehend bedarf es auch der Darlegung eines konsequenteren Vorgehens, etwa bei der Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht, welches auch den Einsatz von rechtlichen Zwangsmaßnahmen und gegebenenfalls Leistungskürzungen einschließt. (Späterer) Schulvermeidung und Abschlusslosigkeit muss stärker und präventiver begegnet werden.
2. Bauprozesse im Bildungsbereich sind mit einem deutlich zu hohen zeitlichen Aufwand verbunden, der angesichts der enormen Herausforderungen und Erwartungen an unsere Schulen so nicht mehr hinnehmbar ist. Am Beispiel der neuerlichen Verzögerungen im Ganztagschulausbau ist dies erst kürzlich wieder deutlich geworden. Konzeptionell notwendige Veränderungen können dadurch häufig nur verspätet und viel zu langsam realisiert werden. Es gilt daher schnellstmöglich zu prüfen, was innerhalb der Verwaltung der Senatorin für Kinder und Bildung, aber auch bei Immobilien Bremen strukturell, organisatorisch und ausstattungsbezogen unternommen werden muss, um diese Prozesse spürbar und prioritär zu beschleunigen.
3. Zentral ist die Stärkung des Unterrichts in den Klassen. Die schulischen Rahmenbedingungen (Jahreswochenstundenzahl,

Unterrichtsmethoden und inhaltliche Vorgabe), insbesondere in den Fächern Deutsch und Mathematik, werden einer grundlegenden Überprüfung unterzogen. Hierbei ist gegebenenfalls auch eine Reduzierung des Stundenumfangs anderer Fächer zugunsten von Deutsch- bzw. Mathematikunterrichts sowie die Abkehr von Unterrichtsmethoden zu prüfen. Der fachlich orientierte Unterricht wird gestärkt, der fachfremd erteilte Unterricht schnellstmöglich und mit Priorität in den Grundschulen zurückgeführt.

4. Erfolgt der Start in die Bildungskarriere, auch mit Blick auf die späteren Bildungsziele der Sek I (und Sek II), nicht erfolgsversprechend und verlässt der Schüler oder die Schülerin die Grundschule ohne die notwendigen fachlichen und sozialen Voraussetzungen und Grundkompetenzen, lassen sich diese Defizite im Fortgang der Schulzeit zu häufig nicht zufriedenstellend ausgleichen. Es muss daher geprüft werden, ob die bislang automatische Versetzung von Klasse 4 nach 5 in begründeten Ausnahmefällen im Interesse des Kindes unterbleibt und durch das Wiederholen von Klasse 4, ergänzt durch gezielte Förderung, im Einzelfall bessere Aussichten auf nachhaltigen schulischen Erfolg erzielt werden können.
5. Sozio-demografisch ungünstige Rahmenbedingungen und Strukturen sowie schulischer Erfolg und gerechte Chancen bedingen sich gegenseitig. Das System Schule kann hierbei allenfalls mit dem Ziel beitragen, gleichwertige Startvoraussetzungen zu schaffen. Es überfordert die Schulen aber erkennbar, den Grundproblemen unseres Bundeslandes, z. B. einer fortschreitenden Segregation in einzelnen Quartieren unserer zwei Stadtgemeinden, alleinig mit ihren begrenzten (pädagogischen) Mitteln entgegenwirken zu wollen und begegnen zu müssen. An dieser Stelle bedarf es eines ganzheitlichen Ansatzes über Ressortgrenzen hinweg. Der gesamte Senat ist daher bei der Erarbeitung und Umsetzung

eines Konzepts gefordert und zu beteiligen. Gleichzeitig ist stärker als bisher zu berücksichtigen, dass qualitativ verminderte und ungerechte Bildungschancen die sozialen Risiken erhöhen und dem entgegenzuwirken nicht nur eine (individuelle) Gerechtigkeitsfrage, sondern auch der wichtigste Bestandteil von (Armut-) Prävention ist.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Kinder und Bildung zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/803

Konsequenz aus dem IQB-Bildungstrend – Pakt zur Verbesserung der Bildungsqualität

Mitteilung des Senats vom 7. November 2017

(Drucksache 19/1341)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/804

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft

vom 7. November 2017

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Einsatz der Bremer Polizei beim G20-Gipfel
Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 11. Juli 2017
(Drucksache 19/1147)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 22. August 2017
(Drucksache 19/1195)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung
Mitteilung des Senats vom 19. September 2017
(Drucksache 19/1243)
 1. Lesung
 2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

3. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Bremen
Mitteilung des Senats vom 24. Oktober 2017
(Drucksache 19/1274)
 1. Lesung
 2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

4. Energiebericht für die öffentlichen Gebäude der Stadtgemeinde Bremen und die Landesgebäude der Freien Hansestadt Bremen - Bericht für die Jahre 2015 und 2016 – Mitteilung des Senats vom 24. Oktober 2017 (Drucksache 19/1275)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Wahl eines Mitglieds des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Frank Schildt

anstelle des aus der Bürgerschaft (Landtag) ausgeschiedenen Abgeordneten Uwe Schmidt zum Mitglied des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

6. Wahl eines Mitglieds des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Frank Schildt

anstelle des aus der Bürgerschaft (Landtag) ausgeschiedenen Abgeordneten Uwe Schmidt zum Mitglied des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

7. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Parlamentarischen Beirates der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e. V.

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Frank Schildt

anstelle des aus der Bürgerschaft (Landtag) ausgeschiedenen Abgeordneten Uwe Schmidt zum stellvertretenden Mitglied des Parlamentarischen Beirates der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e. V.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

8. Wahl eines Mitglieds des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Frank Schildt

anstelle des aus der Bürgerschaft (Landtag) ausgeschiedenen Abgeordneten Uwe Schmidt zum Mitglied des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

9. Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Frank Schildt

anstelle des aus der Bürgerschaft (Landtag) ausgeschiedenen Abgeordneten Uwe Schmidt zum Mitglied der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

10. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Wahlprüfungsgerichts

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Dr. Henrike Müller

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonther zum stellvertretenden Mitglied des Wahlprüfungsgerichts.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

11. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Dr. Henrike Müller

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonther zum stellvertretenden Mitglied des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

12. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Sahhanim Görgü-Philipp

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonther zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

13. Wahl eines Mitglieds des staatlichen Controllingausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Nima Pirooznia

anstelle der Abgeordneten Kabire Yildiz zum Mitglied des staatlichen Controllingausschusses.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

14. Wahl eines Mitglieds des Betriebsausschusses Performa Nord

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Kabire Yildiz

anstelle des Abgeordneten Björn Fecker zum Mitglied des Betriebsausschusses Performa Nord.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

15. Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Nima Pirooznia

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonther zum Mitglied der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

16. Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Sport

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Sülmez Dogan

anstelle der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp zum Mitglied der staatlichen Deputation für Sport.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

17. Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Dr. Henrike Müller

anstelle der Abgeordneten Sülmez Dogan zum Mitglied der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

18. Einundzwanzigster Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge
(Einundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag)
Mitteilung des Senats vom 1. November 2017
(Drucksache 19/1282)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

19. Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Landesjugendhilfeausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Mehmet Acar

anstelle des Abgeordneten Helmut Weigelt zum Mitglied und den Abgeordneten

Mustafa Güngör

anstelle der Abgeordneten Valentina Tuchel zum stellvertretenden Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

20. Wahl von zwei Mitgliedern und zwei stellvertretenden Mitgliedern des nichtständigen Ausschusses „Erhöhung der Wahlbeteiligung und Weiterentwicklung des Wahlrechts“

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordneten

Antje Grotheer und Heike Sprehe

zu Mitgliedern und die Abgeordneten

Sybille Böschen und Ali Seyrek

zu stellvertretenden Mitgliedern des nichtständigen Ausschusses

„Erhöhung der Wahlbeteiligung und Weiterentwicklung des Wahlrechts“.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

21. Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Sport

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Frank Schildt

anstelle des Deputierten Sören Böhrnsen zum Mitglied der staatlichen Deputation für Sport.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/805

Ist eine Bedarfsplanung in der Hospiz- und Palliativversorgung nötig und möglich?

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 9. Mai 2017

(Drucksache 19/1055)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 13. Juni 2017

(Drucksache 19/1106)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/806

**Hospizbedarfe in Bremen ermitteln – Versorgung der
Anspruchsberechtigten stärken!**

Antrag der Fraktion der CDU vom 19. September 2017

(Drucksache 19/1248)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und
Berichterstattung an die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und
Integration.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/807

**Todesstrafe bekämpfen – Bremen für Menschenrechte, Frieden und
Toleranz!**

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE
LINKE und der FDP vom 7. November 2017

(Drucksache 19/1345)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich für die Achtung der UN-Charta sowie anderer internationaler Menschenrechtskonventionen aus und setzt sich für deren weltweite Ratifizierung ein.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Einsatz der Todesstrafe vehement ab und bewertet sie als irreversiblen Verstoß gegen bestehende Menschenrechtskonventionen und das in der UN-Charta verankerte Recht auf Leben.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich im Dialog mit seinen Partnern in Europa und in der Welt weiterhin für die Abschaffung der Todesstrafe einzusetzen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit (federführend) und die Senatskanzlei zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/808

Genehmigungsverfahren für Schwertransporte beschleunigen und optimieren!

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP vom 7. November 2017
(Neufassung der Drucksache 19/1266 vom 17. Oktober 2017)
(Drucksache 19/1340)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/809

Anmelde- statt Genehmigungsverfahren für Schwertransporte

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 7. November 2017
(Drucksache 19/1285)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die bisherigen gesetzlichen Regelungen eines Genehmigungsverfahrens für Groß- und Schwertransporte dahingehend geändert werden, dass dieses zukünftig wenigstens für Großraumtransporte als Anmeldeverfahren mit Aufлагemöglichkeit ausgestaltet wird.
2. im Bemühen um die Reduzierung der Bearbeitungsfristen des bisherigen Genehmigungsverfahrens für Groß- und Schwertransporte insbesondere auch eine Weiterentwicklung der bereits genutzten

- digitalen Verfahren (VEMAGS) zur Verbesserung des Workflows in den Genehmigungsverfahren zu prüfen und voranzutreiben.
3. den staatlichen Deputationen für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie Wirtschaft, Arbeit und Häfen über die erreichten Ergebnisse und die Entwicklung der Bearbeitungszeiten für Genehmigungsverfahren halbjährlich zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (federführend) und den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur weiteren Veranlassung und Berichterstattung.

Nr. 19/810

Kita-Qualität aufrechterhalten, pauschale Gruppenvergrößerung stoppen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 24. Mai 2017
(Drucksache 19/1079)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/811

Sicherheit im Rechtsstaat

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. Juni 2017
(Drucksache 19/1113)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt die herausragende Bedeutung von Prävention. Der Senat wird daher aufgefordert, Maßnahmen zu verstärken oder zu etablieren, die geeignet sind, politische oder

- religiöse Radikalisierung zu verhindern sowie den Ausstieg aus den jeweiligen Szenen zu ermöglichen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass die Verschärfung von Strafandrohungen nur in sorgfältig abgewogenen Fällen ein probates Mittel ist. Den Herausforderungen unserer Zeit bei der Bekämpfung allgemeiner, religiös oder politisch begründeter Kriminalität muss vor allem durch zeitnahe sowie zielgerichtete Ermittlungen und konsequente Verfolgung von Straftaten erfolgen. Die präventive Verhinderung von Straftaten hat dabei Priorität.
 3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, festgestellte Schwachstellen der Organisation zu beseitigen sowie Verfassungsschutz, Polizei und Justiz auf die neuen Herausforderungen auszurichten und hierfür auszustatten. Sowohl die personelle Ausstattung von Sicherheitsbehörden und Justiz als auch ihre Sachausstattung muss den Erfordernissen unserer Zeit entsprechen.
 4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zur Beschlussfassung im vierten Quartal 2017 eine Novellierung des Bremischen Polizeigesetzes vorzulegen, die, den Kriterien Wirksamkeit, Rechtsstaatlichkeit und Verhältnismäßigkeit folgend,
 - eine möglichst technologieunabhängige Telekommunikations- und Medienüberwachung zur Abwehr erheblicher Gefahren ermöglicht,
 - orientiert an einer gefahrenabwehrenden bundeseinheitlichen Regelung, die Möglichkeit zur Anordnung aufenthaltsüberwachender technischer Maßnahmen schafft,
 - die stationäre und mobile Videoüberwachung in Bremen bedarfsgerecht ausbaut und neu ordnet.
 5. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Pläne der Senatoren für Inneres und Justiz, in Bremen eine Forschungsstelle Salafismus/Islamismus in Form einer unabhängigen wissenschaftlichen Einrichtung zu gründen und in Kooperation mit den Ländern zu einem norddeutschen Kompetenzzentrum auszubauen.
 6. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, auf eine rechtliche Verankerung eines Kompetenzzentrums des Bundes hinzuwirken, das in

besonders schwierigen Rückführungsfällen die Koordination mit ausländischen Behörden insbesondere zur Beschaffung von Passersatzpapieren übernehmen kann.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Inneres (federführend) und den Senator für Justiz und Verfassung zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/812

Straftaten zum Nachteil älterer Menschen

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 31. Mai 2017
(Drucksache 19/1088)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 4. Juli 2017
(Drucksache 19/1143)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/813

Schulischer Inklusion zum Erfolg verhelfen

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 15. Juni 2017
(Drucksache 19/1128)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Kinder und Bildung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/814

Gelingende Inklusion braucht geeignete Bedingungen und Weiterentwicklung

Antrag der Fraktion der CDU vom 8. August 2017

(Drucksache 19/1169)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Kinder und Bildung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/815

Digitales Planen und Bauen auch in Bremen umsetzen

Antrag der Fraktion der CDU vom 8. August 2017

(Drucksache 19/1168)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/816

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage

Mitteilung des Senats vom 24. Januar 2017

(Drucksache 19/917)

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/817

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage

Bericht der staatlichen Deputation für Inneres

vom 5. September 2017

(Neufassung der Drucksache 19/1204 vom 22. August 2017)

(Drucksache 19/1216)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Inneres Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/818

Drittes Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes

Mitteilung des Senats vom 12. September 2017

(Drucksache 19/1225)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/819

Gesetz zur Änderung des Tariftreue- und Vergabegesetzes

Mitteilung des Senats vom 12. September 2017

(Drucksache 19/1226)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/820

Arbeitsassistenzen anhand der tatsächlichen Notwendigkeit gewähren!

Antrag der Fraktion der CDU vom 19. September 2017

(Drucksache 19/1240)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/821

Gesetz zur Änderung kommunalunternehmensrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 17. Oktober 2017

(Drucksache 19/1268)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/822

**Gesetz zum Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrag
Gesetz zur Neuregelung des Bremischen Glücksspielrechts**

Mitteilung des Senats vom 24. Oktober 2017

(Drucksache 19/1272)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz zum Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrag in erster und zweiter Lesung.
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz zur Neuregelung des Bremischen Glücksspielrechts in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung der Gesetze und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/823

**Drittes Gesetz über Rechtsetzungsbefugnisse der Gemeinden für
Sondernutzungen**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 2. November 2017

(Drucksache 19/1281)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung der Gesetze und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/824

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 23

vom 3. November 2017

(Drucksache 19/1284)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 9. November 2017

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 10. November 2017)

Nr. 19/825

Fragestunde

1. Betriebsprüfungen im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Piet Leidreiter, Jan Timke und Gruppe BIW vom 14. September 2017
2. Lernmittelfreiheit an Berufsschulen
Anfrage der Abgeordneten Piet Leidreiter, Jan Timke und Gruppe BIW vom 14. September 2017
3. Briefzustellung durch die Deutsche Post in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 14. September 2017

4. Plattdeutschangebote für Lehramtsstudenten in Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 15. September 2017
5. Landstrom – Sinn und Perspektive?
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hiltz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 15. September 2017
6. Stau im Land Bremen – Auswirkungen auf die Wirtschaft und Umwelt
Anfrage der Abgeordneten Rainer W. Buchholz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 15. September 2017
7. Stellenfinanzierung des Objektschutzes bei der Polizei Bremen
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 19. September 2017
8. Nachbarschaftsgesetz für Bremen sinnvoll?
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. September 2017

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

9. Können Telenotärzte die Notfallaufnahmen entlasten?
Anfrage der Abgeordneten Sina Dertwinkel, Rainer Bensch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. September 2017
10. Präventive Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) bei der Polizei
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 19. September 2017

11. Ausbau der Strecke Groningen – Leer – Bremen für Schnellzüge?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Prof. Dr. Hauke Hiltz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 20. September 2017
12. Umsetzungschaos bei der qualifizierten Leichenschau?
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Wilhelm Hinners, Sina Dertwinkel, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. September 2017
13. Zukunft des Olbers-Planetariums
Anfrage der Abgeordneten Petra Jäschke, Arno Gottschalk, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 25. September 2017
14. Stimmabgabe bei Hinzufügen des „in“ ungültig?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Henrike Müller, Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Oktober 2017
15. Veränderung von Ansprüchen aus dem Unterhaltsvorschussgesetz
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. Oktober 2017

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/826

Bremisches Wohn- und Betreuungsgesetz zurückziehen und nachbessern

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 7. Juni 2017

(Drucksache 19/1094)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/827

Bewohnerbeiräte in Alten- und Pflegeeinrichtungen stärken!

Antrag der Fraktion der CDU vom 25. Oktober 2016

(Drucksache 19/784)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/828

Bericht zur Erstellung der Nachfolgeregelung zur Heimmitwirkungs- und Heimmindestbauverordnung

Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration vom 15. Juni 2017

(Drucksache 19/1123)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/829

Bremisches Wohn- und Betreuungsgesetz

Mitteilung des Senats vom 24. Oktober 2017

(Drucksache 19/1273)

1. Lesung

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 7. November 2017

(Drucksache 19/1287)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/830

**Personalverordnung zum Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetz
(BremWoBeG) überarbeiten!**

Antrag der Fraktion der CDU vom 7. November 2017

(Drucksache 19/1288)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. November 2017

(Drucksache 19/1355)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

- Ab dem 30. April 2019 ist in § 7 PersVO ein Betreuungsschlüssel im Nachtdienst von 1 zu 40 vorzuschreiben.
- Befreiungen nach § 10 PersVO sind befristet zu erteilen.
- Die Personalverordnung ist gemeinsam mit dem Wohn- und Betreuungsgesetz auf fünf Jahre zu befristen und ihre Wirkung durch externe Gutachter zu evaluieren. Der zuständigen Deputation ist frühzeitig ein entsprechender Bericht vorzulegen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/831

Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes für die Einführung eines städtischen Ordnungsdienstes

Mitteilung des Senats vom 26. Oktober 2017

(Drucksache 19/1280)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/832

DNA-Analyse weiterentwickeln und umfassend nutzen

Antrag der Fraktion der CDU vom 30. Mai 2017

(Drucksache 19/1080)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 22. August 2017

(Drucksache 19/1198)

und

Änderungsantrag der Fraktion der FDP vom 23. August 2017

(Drucksache 19/1209)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD (Drucksache 19/1198) zu.

Die Ziffer 2 des Änderungsantrages der Fraktion der FDP (Drucksache 19/1209) ist durch die Annahme des Änderungsantrages der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD erledigt.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffer 1 des Änderungsantrages der Fraktion der FDP (Drucksache 19/1209) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. der Bundesratsinitiative zur Änderung des Gesetzes zur Erweiterung des Umfangs der Untersuchungen von DNA-fähigem Material bei unbekanntem Personen, insbesondere der Feststellungen über das Geschlecht, die Augen-, Haar- und Hautfarbe sowie das biologische Alter, zuzustimmen.
2. der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 31. Dezember 2017 zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Justiz und Verfassung zur weiteren Veranlassung und Berichterstattung.

Nr. 19/833

Wohnungsbauaktivitäten verstärken und einer wachsenden Stadt anpassen

Antrag der Fraktion der CDU vom 13. Juni 2017
(Drucksache 19/1099)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis

Nr. 19/834

Attraktives Bremen: Wie können Einpendler als Einwohner gewonnen werden?

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 8. August 2017

(Drucksache 19/1170)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 17. Oktober 2017

(Drucksache 19/1269)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis

Nr. 19/835

Genehmigungsverfahren verkürzen – Musterbauordnung als Vorbild nehmen

Antrag der Fraktion der CDU vom 13. Juni 2017

(Drucksache 19/1102)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis

Nr. 19/836

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Herrn

Günther Flißikowski

anstelle des Deputierten Hartmut Bodeit zum Mitglied der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis

Nr. 19/837

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Sportlehrerinnen, Sportlehrer und Sportunterricht an Schulen im Land Bremen – Sachstand und Zukunft
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 13. Juni 2017
(Drucksache 19/1103)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 15. August 2017
(Drucksache 19/1183)

2. Perspektiven junger Männer mit Migrationshintergrund in Bremen und Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 13. Juni 2017
(Drucksache 19/1115)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 1. August 2017
(Drucksache 19/1163)

3. Gewalt und Sexualdelikte gegen Kinder und Frauen
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 14. Juni 2017
(Drucksache 19/1118)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 15. August 2017
(Drucksache 19/1184)
4. Fahrten unter Alkohol- oder Drogeneinfluss
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 14. Juni 2017
(Drucksache 19/1119)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 8. August 2017
(Drucksache 19/1177)
5. Gewerblicher Einsatz von Multikoptern im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 16. Juni 2017
(Drucksache 19/1129)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 15. August 2017
(Drucksache 19/1185)
6. Unverhältnismäßige Strafverfolgung bei Beförderungerschleichung vermeiden
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 20. Juni 2017
(Drucksache 19/1130)
7. Einsetzung einer Sonderkommission Brandschutz
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 20. Juni 2017
(Drucksache 19/1131)
8. Auszubildende gleichstellen – auch in der öffentlichen Mobilität!
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 23. Juni 2017
(Drucksache 19/1135)

9. Umgang mit von Abschiebung bedrohten suizidgefährdeten Geflüchteten durch Ausländerbehörden und Gesundheitsämter im Bundesland Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 29. Juni 2017
(Drucksache 19/1138)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 8. August 2017
(Drucksache 19/1178)

10. Kulturelle Filmförderung im Lande Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 6. Juli 2017
(Drucksache 19/1146)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 26. September 2017
(Drucksache 19/1252)

11. Social Media in der Schule angeleitet fördern – Leitfaden und Unterstützung sicherstellen
Antrag der Fraktion der CDU vom 7. März 2017
(Drucksache 19/964)

12. Social Media in der Schule angeleitet fördern – Leitfaden und Unterstützung sicherstellen
Bericht der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung vom 24. Juli 2017
(Drucksache 19/1149)

13. Vorkurse im Schuljahr 2017/2018 an den Schulen im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 1. August 2017
(Drucksache 19/1161)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 12. September 2017
(Drucksache 19/1227)

14. Landwirtschaftliche Betriebe öffnen
Antrag der Fraktion der CDU vom 8. August 2017
(Drucksache 19/1167)

15. DGE-Standards in Schulen in Bremen und Bremerhaven etablieren
Mitteilung des Senats vom 8. August 2017
(Drucksache 19/1174)

16. Zulagen auch für Notfallsanitäter
Antrag der Fraktion der CDU vom 15. August 2017
(Drucksache 19/1182)

17. Nebenbeschäftigung und öffentlicher Dienst
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 17. August 2017
(Drucksache 19/1187)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 2017
(Drucksache 19/1260)

18. Finanzielle und personale Voraussetzungen für auskömmlichen
Bauunterhalt und Sanierung sowie Errichtung von Neubauten im
öffentlichen Eigentum Bremens
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 21. August 2017
(Drucksache 19/1193)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 26. September 2017
(Drucksache 19/1253)

19. Stand und Perspektiven der Provenienzforschung in Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 22. August 2017
(Drucksache 19/1199)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 26. September 2017
(Drucksache 19/1254)

20. Psychotherapeutische Versorgung für alle Bevölkerungsgruppen sicherstellen!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 22. August 2017
(Drucksache 19/1201)

21. Kaffee genießen, Müll vermeiden – umweltfreundliches Mehrwegsystem für Getränkebecher einführen!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 22. August 2017
(Drucksache 19/1203)

22. Pakt für die innere Sicherheit
Antrag der Fraktion der CDU vom 22. Februar 2016
(Drucksache 19/296)

23. Pakt für die innere Sicherheit
Bericht der staatlichen Deputation für Inneres vom 22. August 2017
(Drucksache 19/1205)

24. Übersendung der Nutzerdaten von Social-Media-Accounts an die Strafverfolgungsbehörden
Antrag der Fraktion der CDU vom 24. August 2016
(Drucksache 19/712)

25. Übersendung der Nutzerdaten von Social-Media-Accounts an die Strafverfolgungsbehörden
Bericht der staatlichen Deputation für Inneres vom 22. August 2017
(Drucksache 19/1206)

26. Integrationspolitik, Toleranz und Sicherheit in der Einwanderungsgesellschaft
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 21. September 2016
(Drucksache 19/749)

27. Integrationspolitik, Toleranz und Sicherheit in der Einwanderungsgesellschaft
Bericht der staatlichen Deputation für Inneres vom 22. August 2017
(Drucksache 19/1207)

28. Gewalt bei Fußballspielen
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 25. August 2017
(Drucksache 19/1211)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 2017
(Drucksache 19/1261)

29. Zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten der bremischen Häfen nicht behindern!
Antrag der Fraktion der CDU vom 5. September 2017
(Drucksache 19/1221)

30. Umsetzung der „Stiftung Anerkennung und Hilfe“ in Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 5. September 2017
(Drucksache 19/1222)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 24. Oktober 2017
(Drucksache 19/1276)

31. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Halten von Hunden
Antrag der Fraktion der FDP vom 12. September 2017
(Drucksache 19/1235)
1. Lesung

32. Neubau eines Veranstaltungsgebäudes an der Universität
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 8. September 2015
(Drucksache 19/60)

33. Raumsituation an bremischen Hochschulen – Konzept
schnellstmöglich vorlegen
Antrag der Fraktion der CDU vom 15. September 2015
(Drucksache 19/65)

34. Neubau eines Veranstaltungsgebäudes an der Universität und
Raumsituation an den bremischen Hochschulen
Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien,
Datenschutz und Informationsfreiheit
vom 15. September 2017
(Drucksache 19/1237)

35. Familiennachzug ist Integration – Recht auf Familie für Geflüchtete
wieder herstellen!
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 18. September 2017
(Drucksache 19/1239)

36. Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über die Erhebung
einer Tourismusabgabe
Mitteilung des Senats vom 27. Juni 2017
(Drucksache 19/1136)
2. Lesung

37. Bericht der Freien Hansestadt Bremen vom September 2017 zur
Verlängerung des Sanierungsprogramms
Mitteilung des Senats vom 26. September 2017
(Drucksache 19/1251)

38. Bericht zur Haushaltslage der Freien Hansestadt Bremen gemäß § 3
Absatz 2 des Stabilitätsratsgesetzes – Stabilitätsbericht 2017 –

Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 2017
(Drucksache 19/1259)

39. In der politischen Auseinandersetzung: Gewalt gegen Sachen und Personen entschieden verurteilen in Bremen
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 4. Oktober 2017
(Drucksache 19/1257)

40. Attraktivierung der gemeinnützigen Vereinsarbeit durch Verbesserungen im Steuerrecht und Optimierung der Verwaltungsaufgaben
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 5. Oktober 2017
(Drucksache 19/1258)

41. Gesetz zum Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Land Niedersachsen, dem Land Sachsen-Anhalt und dem Land Schleswig-Holstein zur Begründung einer länderübergreifenden gebündelten Verfahrensbetreuung durch die Steuerverwaltungen
Mitteilung des Senats vom 17. Oktober 2017
(Drucksache 19/1267)
1. Lesung
2. Lesung

42. Arbeit der Polizei effektiv gestalten und nicht lahmlegen!
Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU
vom 7. November 2017
(Drucksache 19/1286)

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis

3158.) Besetzung des Aufsichtsrates der Länderzentrum für Niederdeutsch gGmbH
(Vorlage 1671/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1671/19, den Aufsichtsrat der Länderzentrum für Niederdeutsch gGmbH mit Herrn Dr. Mackeben zu besetzen.

2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen um die entsprechende Umsetzung.

3159.) Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen im Zusammenhang mit dem elektronischen Rechtsverkehr - hier: Eröffnung des elektronischen Rechtsverkehrs in Grundbuch- und Schiffsregistersachen
(Vorlage 1672/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Justiz und Verfassung vom 08.11.2017)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Justiz und Verfassung vom 08.11.2017 die Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen im Zusammenhang mit dem elektronischen Rechtsverkehr sowie die Ausfertigung der Verordnung und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

3160.) Landesprogramm Städtebauförderung 2017
(Vorlage 1673/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1673/19 das Landesprogramm „Städtebauförderung 2017“ zur Kenntnis und stimmt einer entsprechenden Anmeldung beim Bund durch den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zu.
2. Der Senat stellt fest, dass die in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven notwendigen Mittel zur Kofinanzierung der durch den Bund zur Verfügung gestellten Finanzhilfen in den jeweiligen Haushalten bereitgestellt werden.
3. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr im Bedarfsfall prioritätsbezogen einen Bundesmittelaustausch bei den Maßnahmen vornehmen wird, um einen zügigen Bundesmittelabruf zu gewährleisten.
4. Der Senat stimmt zu, dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen gemäß den Vorschriften der Verwaltungsvereinbarung „Städtebauförderung 2017“ dem Bund ggf. eine neue Maßnahme benennt und frei gewordene Bundesfinanzhilfen hierfür verwendet, wenn z.B. eine bereits dem Bund gemeldete Maßnahme wegen Undurchführbarkeit oder sonstigen Gründen aufgegeben oder zurückgestellt werden wird.

3161.) Änderung des Bremischen Landesstraßengesetzes
(Vorlage 1674/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1674/19 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bremischen Landesstraßengesetzes sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung.

3162.) Bremer Bündnis für Wohnen/Sofortprogramm Wohnungsbau
1. Evaluierung der beschlossenen Wohnraumförderungsprogramme
2. Aufstockung des 3. Wohnraumförderungsprogramms (Land)
3. Direktverkauf einer Wohnbaufläche im Kaffeequartier/Überseestadt
(Vorlage 1675/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1675/19 das Ergebnis der Evaluation der beschlossenen Förderungsprogramme zur Kenntnis.
2. Der Senat beschließt, das 3. Wohnraumförderungsprogramm um ein Darlehensvolumen von weiteren 40 Mio. € aufzustocken.
3. Der Senat stimmt zu, dass diese Aufstockung in Form einer Darlehensfinanzierung der Bremer Aufbau-Bank GmbH aufgelegt und die erforderliche Zinsverbilligung sowie etwaige Ausfälle - wie bisher - aus dem Treuhandvermögen Wohnungsbau - Land - finanziert werden. Diese Zinsverbilligung beträgt unter Berücksichtigung eines angemessenen Ausfallrisikos bis zu 25,8 Mio. €.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, eine Freihalteerklärung zur Sicherung des noch erforderlichen Darlehensvolumens auszustellen. Die Höhe des abzusichernden Darlehensvolumens darf 40 Mio. € nicht überschreiten. Die Senatorin für Finanzen wird gebeten, den Haushalts- und Finanzausschuss nach Übernahme zu informieren.

5. Der Senat beschließt, die Förderdarlehen wie bisher zu 80 % in der Stadtgemeinde Bremen und zu 20 % in der Stadtgemeinde Bremerhaven einzusetzen. Der Senat ist damit einverstanden, dass die Mittel in Abstimmung mit der Stadt Bremerhaven anders eingesetzt werden, wenn sich zukünftig eine abweichende Bedarfslage ergibt.
6. Der Senat beschließt, dass die Auszahlungsbedingungen des Förderdarlehens entsprechend den unter B.1.3 beschriebenen Vorschlägen angepasst werden. Im Übrigen bleiben die Förderungsbedingungen unverändert.
7. Der Senat beschließt, dass die von Baugemeinschaften geschaffenen Wohnungen nur noch dann auf die Erfüllung der Sozialwohnungsquote angerechnet werden, wenn zugleich auch Sozialwohnungen entstehen.
8. Der Senat stimmt zu, dass die für den Geschosswohnungsbau vorgesehene Fläche im Kaffeequartier/Überseestadt mit einer Sozialwohnungsquote von 100 % direkt an die GEWOBA verkauft wird.
9. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird gebeten, rechtzeitig bis zum Sommer 2018 das Erfordernis eines weiteren Wohnraumförderungsprogramms zu prüfen und dem Senat einen Vorschlag für ein 4. Wohnraumförderungsprogramm zu unterbreiten.
10. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft über den Beschluss sowie regelmäßig über die Umsetzung berichten.
11. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass
 - unter „B. Lösung“, „1.2 Versorgung und Zielgruppen“ im dritten Aufzählungspunkt nach dem Wort „Familien“ „ / Alleinerziehende“ ergänzt wird.

- unter dem Punkt „Junge Menschen: Studierende, Auszubildende, BerufseinsteigerInnen“ am Ende folgender Satz angefügt wird:
„Zusätzlich bestehen Projekte zur Realisierung von Studierendenwohnheimen über das Studentenwerk (z.B. Emmy-Noether-Straße).“

3163.) Bremer Industrie-Park
Vorbereitung und Umsetzung von Maßnahmen zur Geländeaufhöhung und Erschließung der 5. Baustufe
(Vorlage 1676/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 08.11.2017)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 08.11.2017 der Vorbereitung und Umsetzung von Maßnahmen zur Geländeaufhöhung und Erschließung der 5. Baustufe des Bremer Industrie-Parks mit einem Mittelbewilligungsbedarf von zusammen 9.850.000 € zu.
2. Der Senat stimmt dem Eingehen einer Verpflichtung bei der Haushaltsstelle 0709/891 70-7, GRW-Maßnahmen (BAB), in Höhe von 3.961.800 € und bei der Haushaltsstelle 3708/884 35-8, An das Sondervermögen Gewerbeflächen für Erschließungsmaßnahmen, in Höhe von 510.000 € sowie der damit verbundenen Vorbelastung der zukünftigen Haushalte 2018 bis 2020 zu.
3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die haushaltsrechtliche Absicherung der Maßnahmen durch Beschlüsse der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und des Haushalts- und Finanzausschusses herbeizuführen.

- 3164.) Ein zukunftsfähiges Gründungsangebot – aus BEGIN wird das START Haus Bericht zum Umsetzungskonzept und zur Finanzierung aus dem EFRE (Programm 2014-2020) (Vorlage 1677/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1677/19 der Umsetzung der START Haus-Initiative zu.
2. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen die Zustimmung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur START Haus-Initiative und der Bereitstellung eines Mittelrahmens von jeweils 1.500.000,00 € für 2018 und 2019 einzuholen.
3. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass
 - unter der Überschrift „Privates Kapital erhöhen“ der vierte Satz zu Beginn wie folgt neu gefasst wird: „Zu diesem Zweck wird es einen Fonds und einen Beirat für das START Haus geben, der...“
 - unter der Überschrift „Profilierung spezifischer Angebote“, „a) Frauen“ im ersten Absatz der letzte Satz wie folgt neu gefasst wird: „Im Jahresverlauf werden ca. 600 Beratungen für Frauen in Bremen und Bremerhaven auf der Grundlage eines frauenspezifischen Ansatzes zum Thema Gründung angestrebt.“
 - unter der Überschrift „Servicepaket für Bremen-Nord“ der erste Absatz wie folgt neu formuliert wird: „Wie bisher auch wird das bestehende Dienstleistungspaket (wöchentliche Beratung für alle gründungsinteressierten Personen am Standort Bremen-Nord) weiterhin in den Räumen der WFB im Stadthaus Vegesack in derselben Quantität und Qualität wie bisher von der START Haus-Initiative erbracht. Dies beinhaltet auch Seminare zu den nachgefragtesten Themen. Damit werden keine Doppelstrukturen zum Starthaus in Bremen geschaffen.“
 - unter der Überschrift „Servicepaket für Bremen-Nord“ im letzten Satz nach dem Wort „sich“ die Worte „als Kooperationsprojekt“ ergänzt werden.

- unter „G. Beschlussvorschlag“ der dritte Beschlussvorschlag ersatzlos gestrichen wird.

- 3165.) Maßnahmen zur zeitnahen Bereitstellung von Klassenraumkapazitäten in der Stadtgemeinde Bremen
– Verfahrensvereinfachung zur Bereitstellung der zusätzlichen Kapazitäten für das Schuljahr 2018/2019 –
(Vorlage 1678/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1678/19 den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verfahrensvereinfachung zur Bereitstellung der zusätzlichen Kapazitäten für das Schuljahr 2018/2019 zu.

2. Der Senat stimmt der Aussetzung der Punkte 3.3.2.3, 3.3.2.4, 3.3.2.7 und 3.3.2.8 der Richtlinien für die Planung und Durchführung von Bauaufgaben bei der Bereitstellung der zusätzlichen Kapazitäten bis zum 31.12.2019 zu und bittet den Senator für Bau, Umwelt und Verkehr die Zustimmung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie die Senatorin für Finanzen um die Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zu erwirken. Anstelle der in den genannten Punkten beschriebenen Verfahren werden folgende Ausnahmen eingeführt:
 - Bei Neubau sowie Sanierungs-, Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen mit Projektgrößen deren Wert unter dem Schwellenwert für Bauvergaben gem. VGV liegt, wird auf die Vorlage einer EW-Bau verzichtet. In diesem Fall ist die erweiterte ES-Bau gem. Lph. (3) HOAI zu erstellen.
 - Bei Neubaumaßnahmen mit Projektgrößen deren Schwellenwert über dem Wert für Bauvergaben gem. VGV liegt, wird zusätzlich zur ES-Bau die Erstellung einer EW-Bau gefordert. In diesem Fall ist die ES-Bau für Neubauten als Vorentwurf gem. Lph. (2) HOAI zu erstellen.

3. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr bei der vollständigen Vorlage aller Unterlagen eine kürzest mögliche Bearbeitungsdauer zur Erteilung der Baugenehmigung für die Bereitstellung der zusätzlichen Kapazitäten sicher zu stellen.

4. Der Senat beschließt den Punkt 3.3.3.1 der Richtlinie für die Planung und Durchführung von Bauaufgaben (RLBau) befristet bis zum 31. Dezember 2018 für Mobilbauten auszusetzen. Er bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um eine zeitnahe Befassung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und die Senatorin für Finanzen um eine zeitnahe Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses. Eine Ausschreibung durch die Immobilien Bremen AöR kann dann erfolgen wenn,
 - a. von Seiten der Senatorin für Kinder und Bildung eine schriftliche Bestellung vorliegt
 - b. die Durchführung eines Startergesprächs geschehen ist
 - c. ein zwischen der Senatorin für Kinder und Bildung und der Immobilien Bremen AöR abgestimmtes Raumprogramm vorliegt
 - d. die Erstellung einer Grundriss- und Standortplanung erfolgt ist.
 - e. die weitere Erstellung der ES-Bau kann dann parallel zum Ausschreibungsverfahren durchgeführt und beendet werden.

5. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen und der Senatskanzlei, einen Bericht zur Bereitstellung der Klassenraumkapazitäten für das Schuljahr 2018/19 sowie deren finanzielle Auswirkungen im ersten Quartal 2018 vorzulegen.

6. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „E. Beteiligung / Abstimmung“ am Ende wie folgt ergänzt wird: „Eine formale Anhörung des Rechnungshofes nach § 103 LHO ist notwendig und wird eingeleitet.“

3166.) Güterverkehrszentrum (GVZ) Bremen
Erschließung des Bereichs des Bebauungsplans 2153 (2. Bauabschnitt) und
grundlegende Erneuerung eines Teilabschnitts der Senator-Apelt-Straße
(Vorlage 1679/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1679/19 im Bereich des Bebauungsplans 2153 der Erschließung des 2. Bauabschnitts sowie der grundlegenden Erneuerung eines Teilabschnitts der Senator-Apelt-Straße mit einem Mittelbewilligungsbedarf von zusammen 16.982.000 € zu.
2. Der Senat stimmt dem Eingehen einer Verpflichtung bei der Haushaltsstelle 0709/891 70-7, GRW-Maßnahmen (BAB), in Höhe von 5.919.300 €, und bei der Haushaltsstelle 3708/884 35-8, An das Sondervermögen Gewerbeflächen für Erschließungsmaßnahmen, in Höhe von 6.100.000 € sowie der damit verbundenen Vorbelastung der zukünftigen Haushalte 2018 bis 2020 zu.
3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die haushaltsrechtliche Absicherung der Maßnahmen durch Beschlüsse der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und des Haushalts- und Finanzausschusses herbeizuführen.
4. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „B. 2 Erneuerung eines Teils der Senator-Apelt-Straße“ der mit den Worten „Altlastenbedingte Kosten....“ beginnende Satz ersatzlos gestrichen wird.

- 3167.) Erhöhung der Gesellschafteranteile der Stadtgemeinde Bremen an der Bremer Energie-Konsens GmbH
(Vorlage 1680/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1680/19 die Anpassung der Gesellschafterstruktur der Bremer Energie-Konsens GmbH zur Kenntnis und stimmt einer Aufstockung der Anteile der FHB an der energiekonsens um 39,8 % auf 49,9 % durch Übernahme zusätzlicher Anteile zum Nennwert in Höhe von 20.696 Euro zu.
2. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die erforderlichen Beschlüsse der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (Stadt) einzuholen.
3. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen die erforderlichen Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses (Stadt) einzuholen.
4. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „A. Problem“ im dritten Absatz der dritte Satz ersatzlos gestrichen wird.

- 3168.) "Ehrenamt, gemeinnützige Initiativen und bürgerschaftliches Engagement in Schulen des Landes Bremen"
(Große Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1681/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 13.11.2017)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 13.11.2017 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 19.09.2017 sowie die Mitteilung des

Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

3169.) "Überlastung der Frauenhäuser"
(Kleine Anfrage der Fraktion der Fraktion DIE LINKE)
(Tischvorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 08.11.2017)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Tischvorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 08.11.2017 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.